



Wir für uns

Ein Projekt der
Bürgerbewegung Bundesverfassung (BB)

Kontakt über:

bundesverfassung@gmx.de

Wir für uns

Die Bürgerbewegung Bundesverfassung (BB) ist eine "Projekt-Bewegung". Sie erhebt - im Gegensatz zu vielen Politikern - keinen Anspruch darauf, es "besser" zu wissen oder zu wissen, was die Bürger wollen oder brauchen. Wir wissen gerade mal, was wir wollen:

- Staatsstrukturen, in welchen wir Bürger etwas zu sagen haben und mitbestimmen können.
- Deutschland als eine friedliche Nation.
- Eine gerechtere Besteuerung.
- Einwanderer müssen sich die volle Teilhabe durch Anpassungsleistungen "verdienen".
- Nicht mehr für unsere eigene Vergiftung bezahlen.
- Weg vom ständigen "Flicken" am Rentensystem hin zu einem "Neubau", der auch mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter finanzierbar bleibt.
- Mehr Miteinander im Bereich des Staates und der Staatsunternehmen.
- Macht im Staat auf mehr Köpfe verteilen.
- Erlebbarere Konsequenzen für all jene, welche die Macht, die wir ihnen als Bürger übertragen, nicht in unserem Sinne nutzen.

Wir haben für Deutschland eine Bundesverfassung erarbeitet. Diesen Entwurf betrachten wir als Vorschlag, als Diskussionsgrundlage. Darin haben wir Einiges zusammengetragen, das sich in anderen Staaten bereits bewährte. Gleichzeitig haben wir Änderungen vorgenommen, wo es uns angemessen erschien.

Zwei Beispiele sind das spezielle Verfahren bei knappen Resultaten bei Volksabstimmungen¹ oder die Finanzierung der Volksrente².

Auch wenn wir auf Bundesebene einen großen Wählerzuspruch erhalten sollten, werden wir nicht wie die "normalen" Parteien in den einzelnen Bundesländern Ableger gründen und uns dort in die Länderpolitik einbringen.

Sollten einzelne Mitglieder unserer Bewegung sich auf Landes- oder Gemeindeebene in einer Partei oder Bürgerbewegung einbringen, so ist ihnen das frei gestellt. Wir als Bürgerbewegung werden es nicht tun.

"Wir für uns" steht dafür, dass wir den Entwurf so gestaltet haben, wie wir es für uns selber gerne hätten. Doch wir sind uns sehr wohl bewusst, dass nicht alles den Vorstellungen der Mehrheit der Bürger entspricht. **Und wir respektieren das.**

¹ Siehe dazu nachfolgend den Entwurf von Art. 79^a des Grundgesetzes.

² Siehe dazu nachfolgend den Abschnitt "Volksrente und Volkspension".

Zusammen mit den Bürgern eine Bundesverfassung für Deutschland erarbeiten

Seit dem Inkrafttreten des deutschen Grundgesetzes 1949 steht in Art. 146 Folgendes:
"Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Seither sind mehr als 70 Jahre vergangen. Trotzdem hat keine Bundesverfassung das Grundgesetz abgelöst, welches damals unter den wachsamen Augen der Besatzungsmächte entstanden ist.

Obwohl in Art. 20 Abs. 2 des Grundgesetzes Folgendes steht

"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt."

fordern stets nur jene Parteien, welche nicht an der Regierungsmacht³ sind, dass die deutschen Bürger neben dem Wählen auch **abstimmen** können.⁴

Es ist deshalb vorgesehen, als erstes Art. 79 des Grundgesetzes zu ersetzen:

Art. 79 Grundgesetz (geändert)

- ¹ Eine Änderung oder Ergänzung dieses Grundgesetzes kann von der Bundesregierung, dem Bundestag oder dem Bundesrat dem Volk und den Ländern zur Abstimmung unterbreitet werden.
- ² Die Änderungen oder Ergänzungen des Grundgesetzes sind angenommen, wenn die Mehrheit der Stimmenden und die Mehrheit der Länder sich dafür aussprechen.
- ³ Das Ergebnis der Volksabstimmung im Bundesland gilt als dessen Länderstimme.
- ⁴ Werden von der Bundesregierung, dem Bundestag oder dem Bundesrat verschiedene Varianten zu einer Änderung oder Ergänzung dieses Grundgesetzes zur Abstimmung vorgelegt, so stimmen die Stimmberechtigten gleichzeitig darüber ab.
- ⁵ In diesem Fall können sie beiden oder allen drei Vorlagen zustimmen. In der Stichfrage können sie angeben, welcher Vorlage sie den Vorrang geben, falls beide oder alle drei angenommen werden.
- ⁶ Erzielt bei angenommenen Verfassungsänderungen in der Stichfrage die eine Vorlage mehr Volks- und die andere mehr Länderstimmen, so tritt jene Vorlage in Kraft, bei welcher der prozentuale Anteil der Volksstimmen und der prozentuale Anteil der Länderstimmen in der Stichfrage die größere Summe ergeben.

³ In Baden-Württemberg stellen "Die Grünen" und in Thüringen "Die Linke" den Ministerpräsidenten. Keiner der beiden hat seine Macht dazu genutzt, um einen Teil seiner Macht an die Bürger abzugeben und diese mitbestimmen zu lassen.

⁴ Willi Brandt, die Ikone der deutschen Sozialdemokraten, hatte 1969 in seiner Antrittsrede als Bundeskanzler versprochen "Wir wollen mehr Demokratie wagen." Es ist beim Wollen geblieben.

⁷ Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.

Um Zufallsresultate⁵ - ein Schwachpunkt der halbdirekten⁶ Demokratie - zu verhindern, wird die Neufassung von Artikel 79 um einen zusätzlichen Artikel ergänzt:

Art. 79^a Grundgesetz (Neufassung)

- ¹ Beträgt bei Volksabstimmungen der Unterschied zwischen den Ja- und den Nein-Stimmen weniger als 4 Prozent, so gilt die Vorlage weder als angenommen noch als abgelehnt. In diesem Fall haben Bundesregierung und Parlament die Vorlage zu überarbeiten.
- ² Die nachgebesserte Vorlage ist den Stimmberechtigten innerhalb von 18 Monaten erneut zur Abstimmung vorzulegen.

Der französische Präsident Emmanuel Macron reformiert derzeit sein Land mit Hilfe seiner Machtfülle sozusagen von "oben nach unten" - er befiehlt und verordnet die Änderungen. Auch die Europäische Union möchte er am liebsten nach seinen Ideen umkrempeln.

Wir streben genau die gegenteilige Vorgehensweise an: Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat unterbreiten den Bürgern Reformvorschläge, zu denen sie dann im Stimmlokal "ja" oder "nein" sagen können. Bei einigen dieser Abstimmungen wird es zudem Varianten⁷ geben, zwischen denen die Bürger auswählen können.

Diese Vorgehensweise hat den Nachteil, dass man "gute" Ideen und Ansätze wie beispielsweise das Vollgeld⁸ oder das bedingungslose Grundeinkommen⁹ nicht subito einführen kann, da man für solche Anliegen Volksabstimmungen gewinnen muss. Nur ein schrittweises Vorgehen führt zum Ziel.

Der Hauptvorteil liegt darin, dass man bei der Umsetzung der Reformen die Mehrheit der Bürger hinter sich hat und nicht in Versuchung kommt, Reformgegner umzubringen¹⁰, ins Gefängnis zu werfen, in den Untergrund oder zum Auswandern zu zwingen, wie das bei der zwangsweisen Einführung neuer Ideen bisher oft¹¹ der Fall war.

⁵ Äußerst knapp gingen die Abstimmungen beispielsweise in der Schweiz über die sogenannte "Masseneinwanderungsinitiative" oder die Revision der Altersvorsorge, in Großbritannien über den Brexit und in der Türkei über die Einführung eines Präsidialsystems aus. Mit dem Artikel 79^a werden sowohl solche Zufallsresultate als auch der "Totalschaden" von Vorlagen bei knappen Resultaten verhindert.

⁶ Als "halbdirekt" bezeichnet man ein direktdemokratisches System dann, wenn es sowohl über ein Parlament als auch über eine direkte Mitsprache des Volkes verfügt. In der Schweiz ist dies auf Bundesebene, in allen Kantonen, in den Städten und den größeren Gemeinden der Fall.

⁷ Siehe dazu nachfolgend den Abschnitt "Deutschland zum Frieden führen".

⁸ Beim "Vollgeld" können die Geschäftsbanken nicht mehr Geld schöpfen, da dies der Bundesbank vorbehalten ist; am 10. Juni 2018 lehnte das Schweizer Volk dieses Modell mit großer Mehrheit ab.

Im vorliegenden Verfassungsentwurf ist die nationale Komplementärwährung als "Vollgeld" konzipiert.

⁹ Beim bedingungslosen Grundeinkommen erhalten alle Bürger - Rentner, Arbeitslose, Beschäftigte, Freiberufler, Studenten etc. - monatliche einheitliche Geldzahlungen, welche ihren Grundbedarf decken (sollten).

¹⁰ Allein Che Guevara, neben Fidel Castro die wichtigste Symbolfigur der kubanischen Revolution, ließ mindestens 216 Revolutionsgegner erschießen.

¹¹ Beispiele sind etwa die französische, russische oder iranisch-islamische Revolution.

Übergang vom Grundgesetz zur Bundesverfassung

Sobald die Bürger dem ersten neuen Artikel der Bundesverfassung zustimmen, erhalten alle noch gültigen¹² Artikel des jetzt geltenden Grundgesetzes eine um 300 höhere Zahl. So wird beispielsweise aus Artikel 7 (Schulwesen) des Grundgesetzes Artikel 307 der neuen Bundesverfassung. Er bleibt solange gültig, bis die Bürger einem neuen Artikel zum Schulwesen in der Bundesverfassung zustimmen.

Mit jeder Abstimmung werden so die aus dem Grundgesetz stammenden "alten" Artikel weniger und die neuen Verfassungsbestimmungen mehr.

Deutschland zum Frieden führen

Als Mitglied der NATO ist Deutschland mehr oder weniger gezwungen, Angriffskriege und Gewalttätigkeiten der Partnerländer, insbesondere der USA und neuerdings auch der Türkei, zu unterstützen und mitzumachen. Es ist deshalb geplant, Deutschland aus der NATO zu führen und in Europa ein Verteidigungsbündnis militärisch neutraler Staaten aufzubauen - **sofern** die Stimmberechtigten dem zustimmen.

Es ist vorgesehen, dem Volk bei der Abstimmung über Artikel 3 des Verfassungsentwurfes gleichzeitig eine Variante ohne den Zusatz von Buchstabe f - also ohne bewaffnete Neutralität und NATO-Austritt - und eine Variante mit bewaffneter Neutralität, NATO-Austritt und der Möglichkeit zu einem Verteidigungsbündnis vorzulegen.

Art. 3 Grundwerte

Die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich zu folgenden Grundwerten:

- a) ...
- f) Umfassende bewaffnete Neutralität, Nicht-Einmischung und Unterstützung anderer Nationen sind Eckpfeiler der deutschen Außenpolitik.

Art. 89 Verteidigungsbündnis

¹ Die Bundesrepublik Deutschland kann sich mit anderen europäischen Staaten, welche sich ebenfalls zur bewaffneten Neutralität und zu restriktiven Kriegsmaterialexporten bekennen, zu einem Verteidigungsbündnis zusammenschließen.

² ...

Sollte das Volk unserer Variante zustimmen, so gehen wir davon aus, dass weitere europäische Staaten dem Beispiel Deutschlands folgen und aus der NATO austreten wer-

¹² Bereits die erste Volksabstimmung kann vorsehen, dass der eine oder andere Artikel des Grundgesetzes außer Kraft gesetzt wird.

den. Unterstellt man, dass die Bündnisarmee eine Berufsarmee und die Bundeswehr in Zukunft eine Milizarmee nach Schweizer Vorbild sind, dann muss der Haushalt für das Verteidigungsministerium nicht wie von der NATO gefordert auf 2% des BIP erhöht sondern kann auf ca. 1% des BIP gesenkt werden.

Natürlich können weder Frankreich noch Großbritannien Teil eines solchen Verteidigungsbündnisses werden, da sie Atomwaffen besitzen und immer wieder - auch ohne UNO-Mandat - andere Staaten¹³ völkerrechtswidrig militärisch angreifen.

In zwei weiteren Abstimmungen wollen wir die deutschen Stimmbürger darüber entscheiden lassen, wie weit es mit der Neutralität und dem Frieden gehen will:

So schlagen wir den Bürgern vor, für Staaten tätige militärische Dienstleister, sogenannte Söldnerfirmen^{14/15} ganz sowie die Geldanlage in solche Unternehmen weitgehend zu verbieten.

Zudem soll über die Begrenzung des Exports von Waffen und Kriegsmaterial abgestimmt werden:

Art. 143 Waffen und Kriegsmaterial

- ¹ Der Bund erlässt Vorschriften gegen den Missbrauch von Waffen, Waffenzubehör und Munition. Er führt in Zusammenarbeit mit den Ländern ein nationales Waffenregister.
- ² Er erlässt Vorschriften über die Herstellung, die Beschaffung, den Vertrieb, die Vermittlung sowie über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial.
- ³ In Deutschland sowie durch deutsche Unternehmungen und deren Tochtergesellschaften hergestelltes Kriegsmaterial sowie dessen Bestandteile können weder direkt noch indirekt in Staaten ausgeführt werden, welche autokratisch regiert werden, an aktuellen Konflikten beteiligt sind oder ihre rechtstaatlichen Prinzipien nicht auf alle Bürger anwenden.
- ⁴ Der deutschen Bundesbank, in Deutschland registrierten Fondgesellschaften und Einrichtungen der Altersvorsorge ist es verboten, sich direkt oder indirekt an Rüstungsunternehmen zu beteiligen.

Sofern die Stimmberechtigten diesem Vorschlag zustimmen, hört Deutschland auf, andere Regierungen und Nationen dabei zu unterstützen, ihre Interessen mit Waffengewalt durchzusetzen. So trägt es gleichzeitig nicht mehr dazu bei, dass Menschen vor Krieg und Gewalt nach Deutschland fliehen müssen.

Weitere Maßnahmen, die das friedliche Zusammenleben langfristig fördern sollen, finden sich im Verfassungsentwurf etwa in Art. 13 (strenges Waffenrecht), in Art. 31 (begrenzte Kunstfreiheit) oder in Art. 96 (gewaltfreie Kommunikation als Schulfach).

¹³ So bombardierten sie u.a. im April 2018 zusammen mit den USA Syrien.

¹⁴ Beispielsweise das in den USA ansässige Unternehmen Academi, besser bekannt unter dem alten Firmennamen Blackwater Worldwide. Während des Irak-Krieges verübten einzelne „Mitarbeiter“ Verbrechen, für die sie bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen wurden.

¹⁵ In der Internationalen Konvention gegen die Rekrutierung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern, welche Deutschland 1990 unterzeichnet hat, wird in Art. 1 umschrieben, wer als „Söldner“ gilt. Die Konvention wurde nur von wenigen Staaten unterzeichnet - sogar die Schweiz fehlt in der Liste der Unterzeichnerstaaten.

Gerechtere Besteuerung

Vermögenszuwächse und -erträge werden - nicht nur in Deutschland - aus Angst vor Abwanderung der reichen Steuerpflichtigen lächerlich tief besteuert. Neben der wesentlich höheren Besteuerung werden Einkommen aus Arbeitsleistung zudem mit Sozialabgaben belastet und damit doppelt geschröpft. Diese Benachteiligung der Einkommen aus Erwerbsarbeit wird noch verstärkt durch die fehlende oder milde Besteuerung von Schenkungen und Erbschaften.

Diese Ungleichbehandlung wird zunehmend als ungerecht empfunden.

In Deutschland steigt die Steuerprogression bei der Einkommensteuer, das Ansteigen des Steuersatzes in Abhängigkeit vom zu versteuernden Einkommen, bei den untersten Einkommen so stark an, dass vom Zusatzeinkommen nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben nichts oder fast nichts übrig bleibt.¹⁶ Für Geringverdiener ist es demnach finanziell äußerst unattraktiv, offiziell mehr zu verdienen, was oft entweder zu einem Ausweichen in die Schwarzarbeit oder einem Fernbleiben vom Arbeitsmarkt führt. Beides ist volkswirtschaftlich schädlich.

Soll sich Arbeitsleistung wieder lohnen, so sind die Einkommensteuer-Tarife entsprechend zu gestalten.

Ein weiterer Faktor, der immer wieder zu "ungerechten" Resultaten führt, ist die Ehegatten-Besteuerung. Heute, wo die dauerhafte Ehe zur Ausnahme geworden ist, erachten wir eine Ehegattenbesteuerung nicht mehr als zeitgemäß.

Wir schlagen den Stimmberechtigten deshalb folgenden neuen Verfassungsartikel vor:

Art. 172 Grundsätze der Besteuerung

1 ...

2 Soweit es die Art der Steuer zulässt, sind dabei insbesondere die Grundsätze der Allgemeinheit und der Gleichmäßigkeit der Besteuerung sowie der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu beachten.

3 Natürliche Personen sind grundsätzlich individuell zu besteuern.

4 Arbeitseinkommen und Vermögenserträge sind grundsätzlich getrennt zu besteuern.

5 Die Steuerbelastung auf Erwerbsarbeit darf maximal 50% betragen und höchstens jener auf Vermögenserträgen entsprechen.

6 Die Steuerbelastung auf Erbschaften und Schenkungen darf nach dem Übersteigen eines Freibetrages jene auf Erwerbseinkommen nicht wesentlich unterschreiten. Bei der Fälligkeit der Steuern ist insbesondere auf den Fortbestand von Unternehmen Rücksicht zu nehmen.

7 ...

¹⁶ Im Bereich der Tarifzone 2 (Stand 2016), also zwischen dem Steuerfreibetrag von EUR 8'652.-- und dem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von EUR 13'469.--, steigen die Steuern etwa viermal stärker an als in der Tarifzone 3 zwischen EUR 13'470.-- und EUR 52.881.--.

Einwanderung nach Deutschland

Für uns ist beides gleichwertig:

- Das Recht auf Asyl und Migration

und

- das Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht der Bewohner Deutschlands darüber, wie viele und welche Menschen einwandern dürfen. Der deutschen Bevölkerung - nicht Migranten, "echten" und "unechten" Flüchtlingen, Flüchtlingshilfswerken, Schleppern, Fluchthelfern und "Rettern" im Mittelmeer - steht dieses Recht zu.

Das Entscheidungsrecht über die Einwanderung nehmen wir u.a. so wahr, dass wir die Einwanderer grundsätzlich in 5 Kategorien einteilen und aus der Einteilung verschiedene Rechtsfolgen ableiten:

- Flüchtlinge
 - 1. Individuell verfolgte Menschen; diesen wollen wir in Deutschland weiterhin Asyl gewähren und sie bei der Integration in die deutsche Gesellschaft unterstützen.
 - 2. Vorläufig aufgenommene Menschen, welche wegen Armut, Perspektivlosigkeit, religiöser Verfolgung, nicht funktionierender Staatsmacht sowie vor den Stämmen und deren Kriegen nach Deutschland reisen; da diese Menschen Deutschland wieder verlassen müssen, macht es wenig Sinn, sie hier zu integrieren.
- "Reguläre" Einwanderer
 - 3. Junge Menschen aus der ganzen Welt mit alltagstauglichen Deutschkenntnissen, die in Deutschland eine Berufslehre absolvieren, einen Meisterbrief erwerben oder ihre praktischen Berufskenntnisse vertiefen wollen¹⁷; diese Menschen können nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung nur bei Vorlage eines Arbeitsvertrages in Deutschland bleiben.
 - 4. Neu-Einwanderer sowie Einwanderer, welche noch keinen Nachweis einer Anpassungsleistung erbracht haben; über ein Punktesystem, wie es etwa Australien und Kanada anwenden, finden wir heraus, wer zu Deutschland und zur deutschen Bevölkerung passt und wen die deutsche Wirtschaft als Arbeitskraft braucht; diesen Menschen wollen wir **zu Beginn** weder unsere Grundrechte noch unsere Sozialleistungen in vollem Umfang gewähren.
 - 5. Einwanderer mit erbrachtem Integrationsnachweis; diese erhalten eine Niederlassungsbewilligung, welche ihnen die gleichen Grundrechte sowie dieselben Sozialleistungen wie den deutschen Staatsbürgern bringt.

¹⁷ Gut ausgebildete, erfahrene Praktiker - "Besser-Macher" - und nicht noch mehr arbeitslose Studienabgänger ("Besser-Wisser") brauchen Deutschland und die Welt.

Realismus und klare Strukturen im Flüchtlingswesen

Die meisten Flüchtlinge der Gegenwart haben ein bestimmtes Zielland im Visier, das sie sich durch nüchterne Kalkulation auswählten. Bevorzugt werden die "reichen" mitteleuropäischen und skandinavischen Staaten sowie Großbritannien, wohin die Flüchtlinge jeweils über sichere Nachbarstaaten einwandern. Geht ihre Kalkulation wegen strikter Grenzkontrollen oder eines Grenzzaunes nicht auf, probieren sie es entweder unter Lebensgefahr immer wieder oder versuchen, mit Gewalt die Weiterreise zu erzwingen. Sie negieren mit ihrem Verhalten das Recht der Zielländer und deren Bevölkerung auf Selbstbestimmung und treten deren Rechtsordnung mit Füßen, obwohl sie, einmal angekommen, genau davon profitieren wollen.

Toleranz ist zwar grundsätzlich eine positive Eigenschaft, doch in der Kombination mit Naivität schadet sie mehr als dass sie nützt: So war es äußerst ungeschickt, im Sommer 2015 alle - unabhängig von der Gesinnung und ihrer Haltung gegenüber den in Deutschland gelebten Werten - nach Deutschland einreisen zu lassen und lediglich zu prüfen, ob sie oder er aus einem Kriegsgebiet kommt.

Wir erachten es deshalb als sinnvoll, die Grundzüge des Asyls und des Umganges mit nach Deutschland geflüchteten Flüchtlingen - **sofern** die Stimmbürger dem zustimmen - komplett neu zu regeln. So ist das Recht auf Asyl¹⁸ nicht mehr bei den Grundrechten eingeordnet.¹⁹ Die Zuständigkeiten von Bund und Ländern sind klarer geregelt. Über eine Börse für Flüchtlingsplätze können sich einzelne Gemeinden "freikaufen", während andere ihre Kapazitäten - Unterkünfte, Betreuung, Sprachkurse, "Goodwill" der Bevölkerung etc. - besser auslasten können. Dies entspricht dem im Verfassungsentwurf verankerten Grundsatz der Vielfalt.

Art. 162 Flüchtlinge und Asyl

¹ Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

² Wer illegal nach Deutschland einreist, seine Identität nicht offen legt, bewusst falsche Angaben macht oder mehrfach oder in grober Weise behördliche Anweisungen missachtet, hat sein Recht auf Asyl und das Bleiberecht in Deutschland verwirkt.

³ Flüchtlinge mit ungenügenden Deutschkenntnissen können nur vorläufig in Deutschland aufgenommen werden. Vorläufig Aufgenommenen ist der Familiennachzug grundsätzlich verwehrt. Ausnahmen bestimmt das Gesetz.

⁴ Sobald Flüchtlinge als solche anerkannt sind, wechselt die Zuständigkeit vom Bund zu den Ländern und Gemeinden.

⁵ Der Bund betreibt in Zusammenarbeit mit den Ländern eine Börse, auf welcher die Gemeinden Plätze für Flüchtlinge untereinander handeln können.

¹⁸ Der heutige Artikel 16a des Grundgesetzes kommt nur noch in rund 1% der Fälle zur Anwendung. Seit Jahren erhalten die meisten Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder einen eingeschränkten Schutz (Bleiberecht, weil in der Heimat "ernsthafter Schaden" wie Folter, Todesstrafe oder willkürliche Gewalt in einem bewaffneten Konflikt droht).

¹⁹ Wir übernehmen damit die Systematik der Schweizerischen Bundesverfassung, welche alles, was Ausländerinnen und Ausländer betrifft, in einem Abschnitt regelt. Am Kerngehalt des Rechts auf Asyl ändert dies nichts.

Volle Grundrechte und Sozialleistungen erst nach erbrachter Anpassungsleistung

Die Zahl der verschiedenen Bewilligungen, welche es Ausländerinnen und Ausländern erlauben, in Deutschland zu leben und/oder zu arbeiten, soll stark reduziert werden. Jene Bewilligung, welche Ausländerinnen und Ausländern den Zugang zu denselben Sozialleistungen wie den deutschen Staatsbürgern und zum selben Umfang der Grundrechte gewährt, soll die **Niederlassungsbewilligung** sein. Diese Bewilligung können Ausländerinnen und Ausländer - **sofern** die Stimmberechtigten dem zustimmen - nur durch den Nachweis (Bringschuld) von drei Anpassungsleistungen erhalten:

Art. 161 Grundsatz

- 1 ...
- 2 Eine Niederlassungsbewilligung kann in Deutschland nur erhalten, wer den Nachweis über alltagstaugliche Kenntnisse der deutschen Sprache erbringt sowie darüber, die Werte der Bundesverfassung zu achten und in der deutschen Gesellschaft integriert zu sein.
- 3 Bund, Länder und Gemeinden unterstützen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die Ausländerinnen und Ausländer mit definitivem Bleiberecht bei der Integration.
- 4 ...

Erst wenn dieser Nachweis erbracht ist, dürfen Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland

- sich niederlassen und wohnen, wo sie wollen;
- ihre Meinung in Deutschland ungehindert öffentlich äußern oder verbreiten;²⁰
- Versammlungen organisieren oder an Versammlungen teilnehmen;
- ihren Beruf frei wählen und ausüben sowie eine privatwirtschaftliche Erwerbstätigkeit frei ausüben.

Diese Anpassungsleistungen verlangen wir deshalb, weil die Erfahrung gezeigt hat, dass Einwanderer - egal ob Flüchtlinge oder im Ausland angeworbene Facharbeiter -, welche die deutschen Werte und die deutsche Kultur nicht respektieren, sich in Deutschland nicht integrieren lassen.

Damit den Zuwanderern diese Anpassungsleistungen besser gelingen, werden Bund, Länder und Gemeinden in die Pflicht genommen. Doch diese Pflicht wird auf jene beschränkt, welche definitiv in Deutschland bleiben dürfen.²¹

²⁰ Wahlkampfveranstaltungen, Einmischung oder Einflussnahme ausländischer Politiker oder von islamischen Hasspredigern sind auf deutschem Boden unerwünscht; ebenfalls nicht erwünscht ist, dass Asylbewerber durch öffentliche politische Aktivitäten, beispielsweise an Demos in Deutschland, den Asylgrund hier erst erschaffen.

Nach erbrachten Anpassungsleistungen wirkt nicht nur beim Gemeinschaftsdienst sondern auch bei Wahlen und Abstimmungen volle Teilhabe, indem wir auf Stufe Bundesverfassung Bund, Ländern und Gemeinden die Möglichkeiten geben, eine solche einzuführen.

"Wir für uns" bedeutet in diesem Bereich, dass jedes Gemeinwesen so verfahren kann, wie es vor Ort passt. Auch dies entspricht den im Verfassungsentwurf verankerten Grundsätzen der Vielfalt und der Bürgernähe.

Keine Steuergelder mehr für unsere "Vergiftung"

Wir wollen kein Steuergeld mehr ausgeben für die Produktion von Lebensmitteln, welche uns oder unserer Umwelt schaden. Die Massentierhaltung wird sich nachhaltig verändern, sobald dort Hormone, Antibiotika²² und Medikamente nicht mehr systematisch eingesetzt werden dürfen.

Art. 139 Nutztierhaltung und tierische Produkte

- ¹ Nutztiere sind grundsätzlich artgerecht zu halten und zu transportieren.
- ² Der Bund erlässt Vorschriften über Aufzucht, Haltung, Transport und Tötung von Nutztieren.
- ³ Er ergänzt das bäuerliche Einkommen durch Direktzahlungen zur Erzielung eines angemessenen Entgelts für die erbrachten Leistungen, unter der Voraussetzung eines ökologischen Leistungsnachweises und eines Tierbestands, der mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann. Zudem kann er solche Betriebe mit Investitionshilfen unterstützen.
- ⁴ Er kann die Forschung, Beratung und Ausbildung betreffend artgerechter Nutztierhaltung und -produktion fördern.
- ⁵ Er kann sich an internationalen Stiftungen und Organisationen beteiligen, welche Betriebe mit Nutztieren zertifizieren. Macht er von dieser Möglichkeit Gebrauch, so hat er die Arbeit der Zertifizierungsstellen regelmäßig zu überprüfen.
- ⁶ Er kann Zölle und Abgaben erheben bei der Einfuhr von Nutztieren und tierischen Produkten, welche nicht nachweislich deutschen Mindeststandards entsprechen.
- ⁷ Die Einfuhr, die Verarbeitung und der Verkauf von Fleisch oder anderen Produkten von Tieren, welche mit Hormonen behandelt worden sind, sind verboten.
- ⁸ Der Einsatz von Antibiotika sowie die systematische Verabreichung anderer Medikamente in der Tierzucht oder -mast sind bewilligungspflichtig und nur ausnahmsweise zulässig.

Sofern die Stimmberechtigten dem zustimmen, wird Deutschland internationale Handelsabkommen und den EU-Vertrag neu aushandeln oder kündigen müssen, zumal im Verfassungsentwurf in einem weiteren Artikel vorgesehen ist, dass auch im Bereich der

²¹ Vorläufig aufgenommene Personen können nur deshalb in Deutschland bleiben, weil sie nicht oder noch nicht ausreisen können. Sie gehören nicht zu jenen Menschen, die wir integrieren wollen.

²² Die Antibiotika sind wesentlich billiger als Impfungen; der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft ist mitverantwortlich für die Antibiotika-Resistenzen beim Menschen, welche Krankheiten verlängern und die Gesundheitskosten erhöhen; über die Gülle gelangen Rückstände von Medikamenten und Antibiotika auch in die Nahrung von Vegetariern.

bodenbewirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe keine Steuergelder mehr eingesetzt werden für Produktionsmethoden, welche uns "vergiften" oder der Umwelt schaden.

Volksrente und Volkspension

Wir schlagen den Stimmberechtigten vor, das heutige Rentensystem komplett zu reformieren und die Finanzierung langfristig zu sichern:

Angestrebt wird eine einheitliche²³ Altersrente nach dänischem Vorbild, welche für eine ausreichende finanzielle Grundversorgung aller Rentnerinnen und Rentner sorgt, die in Deutschland²⁴ leben. Die bisherigen Ausnahmen für Millionen von Selbstständigen, Freiberuflern und Beamten sollen wegfallen. Auch das fast unüberschaubare System aus Entgeltpunkten für tatsächlich eingezahlte Beiträge sowie Zusatzpunkten für Ausbildung, Wehrdienst, Ersatzdienst, Elternzeit und Pflege soll entfallen, was den Verwaltungsaufwand ganz erheblich reduzieren wird.

Die Finanzierung soll neu über Energiesteuern und Abgaben auf Rohstoffe, den Ausstoß von gefährlichen Gasen und von CO₂ erfolgen. Mit dieser Finanzierungsart erreichen wir mehrere Ziele:

- Nicht mehr jene, welche gegen Geld Leistung **erbringen**, sondern jene, welche die Güter und Dienstleistungen kaufen und **verbrauchen**, finanzieren die Renten;
- Der Produktionsfaktor Arbeit wird entlastet ("billiger");
- Die Energiesteuer wirkt in der Industrie wie eine "Maschinen- und Roboter-Steuer", während die Abgaben auf Rohstoffe alle zu einem sorgfältigeren Umgang animieren und die Abgaben auf den Ausstoß von gefährlichen Gasen und von CO₂ zu einer Erhöhung der Kosten für Umweltverschmutzung für alle führen;²⁵
- Reduktion des Energieverbrauchs und des Ausstoßes umwelt- und gesundheitsgefährdender Gase.

Es ist vorgesehen, die erneuerbaren Energien wie etwa Strom aus Flusskraftwerken oder Solarpanels mit einem niedrigeren Steuersatz zu belasten als die nicht-erneuerbaren Energiearten wie beispielsweise Kohle, Gas und Erdöl.

Die Höhe der Volksrente soll so angesetzt werden, dass etwa gleichviel Geld für die Renten ausgegeben wird wie bisher und nur die Kosten der Umstellung - für Härtefall

²³ Eine volle Altersrente sollen all jene Menschen erhalten, welche zwischen dem 18. Geburtstag und dem Beginn der Altersrente mindestens 45 Jahre in Deutschland gewohnt haben. Keine deutsche Altersrente soll erhalten, wer insgesamt weniger als 24 Monate in Deutschland gewohnt hatte.

²⁴ Rentenzahlungen ins Ausland werden - für Deutsche und Ausländerinnen und Ausländer - grundsätzlich gekürzt, da im Ausland lebende Menschen in Deutschland keine Energiesteuern und CO₂-Abgaben bezahlen und so keinen Beitrag mehr zur Finanzierung ihrer Renten leisten.

²⁵ Die Kombination aus der Reduktion der Kosten für den Produktionsfaktor Arbeit (Wegfall der Rentenbeiträge für Unternehmen) und der gleichzeitigen Erhöhung der Energiepreise (höhere Energiesteuern) wird in Unternehmen schnell zu einer Umschichtung ihrer Investitionen führen.

beim Systemwechsel soll es Ausgleichszahlungen geben - als Mehrkosten zu Buche schlagen.

Die meisten "regulär" Beschäftigten erwerben sich im Laufe ihres Arbeitslebens eine Betriebsrente. Diese ermöglicht in der Regel eine Weiterführung der bisherigen Lebensführung.

Um auch der stetig wachsenden Zahl von "Prekär-Beschäftigten" (Leih-Arbeit, Mini- und Midi-Jobs, "Praktika" etc.) zu ermöglichen, einen kleinen Zuschuss zur "Volksrente" anzusparen und gleichzeitig die Altersarmut zu reduzieren, schlagen wir den Stimmberechtigten vor, für diese Menschen eine sogenannte "Volkspension" - ebenfalls finanziert durch Arbeitgeber und Beschäftigte - einzuführen.

Der gesamte Aufwand für Abrechnung und Verwaltung der Volkspension²⁶ soll für alle - die Bundesagentur, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und die Beschäftigten - möglichst einfach sein. So sollen die Beiträge aus monatlichen Pauschalbeträgen bestehen, welche nach der Zahl der Arbeitsstunden pro Monat gestaffelt sind.

Es ist vorgesehen, dass bei der Anlage der Gelder der Versicherten der genossenschaftliche Wohnungsbau - „Hilfe zur Selbsthilfe" - Priorität hat.

Die niedrigeren Personalkosten - die Rentenbeiträge der Unternehmen fallen weg - und die gleichzeitigen steigenden Energiekosten führen dazu, dass ein Teil der Unternehmen bevorteilt und andere benachteiligt werden. Im Inland können die Kostenvor- und -nachteile den Kunden weitergegeben werden. Das können die Importeure und Exporteure von Gütern nicht.

Soll Deutschland eine offene²⁷ Volkswirtschaft bleiben, so braucht es für den Export und den Import von Gütern einen Ausgleichsmechanismus. Über einen Import- und Export-Sonderfonds (Art. 183 des Verfassungsentwurfs) können - **sofern** die Stimmbürger dem zustimmen - beispielsweise die bei der Herstellung energieintensiven Stahlprodukte beim Export finanziell entlastet und beim Import nach Deutschland belastet werden.

Gemeinschaftsdienst

Im Verfassungsentwurf schlagen wir einen Gemeinschaftsdienst vor, der identitätsstiftend sein und einen Teil des "Deutsch-Seins" ausmachen soll. Doch anders als der Militär- oder Zivildienst soll der Gemeinschaftsdienst für junge Männer **und** Frauen obligatorisch sein, während er für in Deutschland aufgewachsene und integrierte Ausländerinnen und Ausländer freiwillig bleiben soll.

²⁶ Die ähnlich ausgestaltete dänische "Arbejdsmarkedets Tillægspension", kurz ATP, besticht im internationalen Vergleich durch äußerst niedrige Verwaltungskosten pro versicherte Person.

²⁷ Als "offen" wird eine Volkswirtschaft dann bezeichnet, wenn Handel - Import und Export - über die Grenzen hinweg möglich ist.

Art. 54 Gemeinschaftsdienst

- ¹ Alle Deutschen Bürger, Frauen und Männer, sind verpflichtet, einen Gemeinschaftsdienst von 12 Monaten zu leisten.
- ² Die Vereinigte Bundesversammlung kann durch Zustimmung von mindestens zwei Drittel ihrer Mitglieder die Dauer des Gemeinschaftsdienstes jeweils für längstens 5 Jahre herauf- oder herabsetzen, sofern die Lage dies erfordert.
- ³ Behinderte Menschen sind, soweit ihre Behinderung dies zulässt, ebenfalls dienstpflichtig. Auf ihre besonderen Bedürfnisse ist Rücksicht zu nehmen.
- ⁴ Der Hauptteil des Gemeinschaftsdienstes ist zwischen dem 18. und 25. Altersjahr zu leisten.
- ⁵ Für junge, in Deutschland aufgewachsene Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung ist der Gemeinschaftsdienst freiwillig.
- ⁶ ...

Der Gemeinschaftsdienst soll jeweils mit einer von den Bundesländern organisierten **Gemeinschaftswoche** unterbrochen werden, zu welcher Dienstleistende aus allen Einsatzgebieten des Gemeinschaftsdienstes zusammenkommen. Angedacht ist, dass die Vormittage jeweils mit obligatorischem Unterricht etwa in Staatskunde (u.a. wie die Bürger im Staat mitwirken können), Gesundheits- oder Ernährungslehre ausgefüllt sind. Am Nachmittag stehen wahlweise praktische Workshops wie beispielsweise gewaltfreie Kommunikation, Diät-Kochen oder Instrumentenbau auf dem Programm, während die Abende aus Musizieren, Singen, Disko und Tanzen - gemeinsamem Feiern - bestehen sollen.

Mit dem Gemeinschaftsdienst entschärfen und lösen wir - **sofern** die Stimmbürger dem zustimmen - auch Probleme, welche nicht direkt mit der Verteidigung zu tun haben: So lautet beispielsweise die Frage nicht, wer in Zukunft die Pflege der stets anwachsenden Zahl alter Menschen **bezahlt**, sondern wer die Pflegedienstleistungen **erbringt**.

Wer seinen Gemeinschaftsdienst abgeleistet hat, erhält - **sofern** die Stimmberechtigten dem zustimmen - im Gegenzug gewisse Vorteile wie gebührenfreies Studieren an Fachhochschulen und Universitäten (Art. 98) oder garantierte und kostenfreie KITA-Plätze für Kleinkinder (Art. 96). Damit kommen Geben und Nehmen ins Gleichgewicht.

Klare Gewaltenteilung

Wir streben genau das Gegenteil von Recep Tayyip Erdoğan und der Türkei an: Die Verteilung der Staatsmacht in Deutschland auf mehr Köpfe als bisher.

Das Grundgesetz schreibt in Art. 20 Abs. 2 zwar vor, dass die Staatsgewalt "*durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt*" wird (siehe weiter vorne). Es schreibt jedoch nicht vor, dass in den drei getrennten Bereichen auch verschiedene Personen die Staatsmacht ausüben müssen. Das führt beim Bund u.a. dazu, dass Regierungsmitglieder (vollziehende Gewalt) im Bundes-

tag (gesetzgebenden Gewalt) mit abstimmen und Bundestagsabgeordnete als politische Staatssekretäre mitregieren.

In Deutschland ist es - ganz im Gegensatz zur Schweiz - der Normalfall, dass Mitglieder der Bundes- und Landesregierungen gleichzeitig im Vorstand ihrer Parteien sind und sie leiten. Wir wollen, **sofern** die Stimmbürger dem zustimmen, dass Menschen nicht mehr gleich in drei Machtbereichen des Staates - in Regierung, Parlament und Partei²⁸ - die Strippen ziehen können:

Art. 6 Klare Gewaltenteilung

¹ In der gesamten Staatsorganisation der Bundesrepublik Deutschland gilt der Grundsatz der klaren Gewaltenteilung:

- a) Legislative, Exekutive, Judikative sowie die staatlichen Medien als vierte staatliche Macht sind funktional und organisatorisch voneinander getrennt;
- b) Mitglieder respektive Beschäftigte eines staatlichen Machtbereichs oder der Bundesbank können nicht gleichzeitig einem zweiten staatlichen Machtbereich auf derselben Staatsebene angehören;
- c) Die Weitergabe von personenbezogenen Daten an andere Behörden bedarf einer klaren gesetzlichen Grundlage.

² Regierungsamt und Parteiamt schließen sich sowohl auf Stufe Bund als auch auf Stufe Bundesland gegenseitig aus.

Trennung von Staat und Kirche

Religion ist ebenso oft ein Hinderungsgrund für wirtschaftliche Entwicklung wie die mangelnde Disziplin oder die fehlenden oder ungenügend entwickelten sozialen, politischen und kulturellen Institutionen.²⁹ Es erstaunt deshalb wenig, dass im Kreis der reichsten Nationen fast ausschließlich jene Länder sind, in welchen vorwiegend Protestanten, Hugenotten und Anglikaner wohnen, denn dort legte die aus der Religion hervorgegangene Disziplin in Kombination mit dem freien Erforschen, das in diesen Gesellschaften möglich war, die Basis für eine erfolgreiche Marktwirtschaft.³⁰

In der deutschen Gesellschaft sinkt die Zahl jener stetig, welche entweder der katholischen, der evangelischen oder der jüdischen Religionsgemeinschaft angehören.³¹ Es scheint uns deshalb an der Zeit, Staat und Kirche - **sofern** die Stimmberechtigten dem zustimmen - vollständig zu trennen:

²⁸ Der Bundestagsabgeordnete und Kanzleramtsminister Peter Altmaier leitete 2017 den Wahlkampf für die CDU.

²⁹ Einer der wenigen Mächtigen, welcher den Zusammenhang zwischen Religion und Wohlstand mutmaßlich erkannt hat, ist der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman, der 2017 begonnen hat, Saudi-Arabien einen moderaten Islam zu verordnen.

³⁰ Die Entwicklung von sozialen, politischen und kulturellen Institutionen ist eine weitere Voraussetzung für die Entwicklung einer erfolgreichen Volkswirtschaft.

Rohstoffreichtum ist keine Voraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften, denn 70% der Menschen, welche von Armut betroffen sind, leben in rohstoffreichen Ländern.

³¹ Nicht nur die Zahl der Muslime hat sich stark erhöht sondern auch die Zahl jener Menschen, welche gar keiner Religionsgemeinschaft angehören.

Art. 8 Staat und Religion

- ¹ Religion und Kirche sind vom Staat getrennt.
- ² Der Staat, dessen Organe sowie die staatlichen Medien verhalten sich in Bezug auf Religion und Religionsgemeinschaften neutral.
- ³ Die vom Staat beauftragten Unternehmen und Institutionen haben sich im Bereich des Auftrags in Bezug auf Religion und Kirche ebenfalls neutral zu verhalten.
- ⁴ Alle in Deutschland tätigen Religionsgemeinschaften haben Geldzu- und -abflüsse aus dem oder ins Ausland offen zu legen.

Einfluss von Politik und Kirche auf Staatsmedien ausschließen

Heute üben der Staat und damit die Politiker sowie die Staatskirchen³² über die Fernseh- und Rundfunkräte einen erheblichen Einfluss auf die staatlichen Radio- und Fernsehsender aus.

"Wir für uns" bedeutet hier, dass "unsere" Sender ihren Grundversorgungsauftrag in unserem Sinne und nicht mehr im Sinne der Mächtigen wahrnehmen:

Art. 77 Staatliche Radio- und Fernsehsender

- ¹ Die staatlichen Radio- und Fernsehsender gehören zu den Grundversorgern in den Bereichen Bildung, Kultur sowie Unterhaltung und tragen zur freien Meinungsbildung bei. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht und ohne zu dramatisieren dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck. Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Länder.
- ² Sie werden hauptsächlich über Energiesteuern und Zuzahlungen der Länder für deren Landessender finanziert. Sponsoring und Werbung als weitere Finanzierungsquelle sind in begrenzten Umfang zugelassen.
- ³ ...
- ⁵ Die ARD ist ein öffentlich-rechtlicher Vereinsverbund bestehend aus den Fernseh- und Radiosendern der Länder. Alle erwachsenen Einwohner mit Niederlassungsbewilligung im betreffenden Bundesland können Mitglieder des Vereins werden, der den jeweiligen Landessender betreibt.
- ⁶ Das ZDF als nationaler Fernsehsender sowie Deutschlandfunk und Deutsche Welle als nationale Radiosender sind als öffentlich-rechtliche Vereine organisiert, in welchen alle erwachsenen Einwohner mit Niederlassungsrecht in Deutschland Mitglied sein können.
- ⁷ ...
- ⁸ Die Intendantin oder der Intendant jedes Senders wird von der jeweiligen Mitgliederversammlung gewählt, während die Verwaltungsdirektorin oder der Verwaltungsdirektor jeweils vom Staat ausgewählt wird. Gemeinsam führen sie die Sender.
- ⁸ Die Gesetzgebung betreffend ARD, ZDF, Deutschlandfunk und Deutscher Welle ist Sache des Bundes, jene der Landessender Sache der Länder.

³² In den deutschen Fernseh- und Rundfunkräten sitzen nur katholische, evangelische und jüdische Religionsvertreter.

Sofern die Stimmberechtigten unserem Vorschlag zustimmen, wird auch der „ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice“³³ abgeschafft und die damit und Bürokratie abgebaut.

Wechsel zum Konkordanz-Modell

Wir sind das "Koalitions-Geschacher" leid, welches das in Europa vorherrschende Regierungsmodell der Konkurrenz-Demokratie³⁴ immer wieder hervorbringt.

Das Konkurrenz-Modell besitzt gegenüber dem Konkordanz-Modell³⁵ eine niedrigere Legitimität und Akzeptanz in der Bevölkerung. Es führt auch immer wieder zu faulen Kompromissen, was sogar einem Teil der Parteimitglieder der Regierungsparteien sauer aufstößt. Oft einigen sich die Regierungsparteien in ihrem Koalitionspapier auf "Geschenke" an ihre Wähler, die dann die Steuerzahler und/oder die Wirtschaft bezahlen müssen.

Wir stellen deshalb die Bundesregierung - **sofern** die Stimmbürger dem zustimmen - auf das in der Schweiz seit über 50 Jahren erfolgreich praktizierte, von uns weiterentwickelte Konkordanz-Modell um:

Art. 230 Zusammensetzung und Wahl

¹ Die Bundesregierung besteht aus elf Mitgliedern.

² ...

⁴ Bei der Wahl neuer Regierungsmitglieder ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass die Landesteile, die Geschlechter sowie die in der Bundesversammlung vertretenen Parteien oder Fraktionen angemessen in der Regierung vertreten sind.

Gemeinschaftliche Staatsführung nach dem Prinzip der Selbstorganisation verankern wir - **sofern** die Stimmberechtigten dem zustimmen - auf Stufe Verfassung:

Art. 232 Kollegial- und Ministerialprinzip

¹ Die Bundesregierung führt sich selbst und entscheidet als Kollegium.

² Beratungen und Abstimmungen grundsätzlich sind geheim. Das Gesetz kann Ausnahmen vorsehen.

³ Fallen Abstimmungen knapp aus, so ist eine endgültige Entscheidung nach dem Prinzip des systemischen Konsensierens herbeizuführen.

⁴ ...

³³ Diese öffentlich-rechtliche Verwaltungsgemeinschaft hat am 1. Januar 2013 die Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland (GEZ) abgelöst.

³⁴ Beim Konkurrenz-Modell bekommen die Wahlgewinner alles und die Wahlverlierer nichts.

³⁵ Im Konkordanz-Modell sind alle wesentlichen Parteien in die Regierung eingebunden.

Während wir bei der Bundesregierung auf ein "Miteinander" setzen, erachten wir den Wettbewerb der Ideen und Meinungen unter den Parteien und politischen Gruppierungen als das mit Abstand erfolgreichste Modell. Dies verankern wir - **sofern** die Stimmbürger dem zustimmen - auch in der Verfassung:

Art. 186 Politische Parteien, Bürgerinitiativen und Lobbyisten

- ¹ Die politischen Parteien, Bürgerinitiativen und Lobbyisten wirken an der Meinungs- und Willensbildung des Volkes mit und sorgen für einen Wettbewerb der Ideen und Meinungen.
- ² Alle politischen Parteien und Bürgerinitiativen, welche ihre Ziele ausschließlich mit demokratischen und friedlichen Mitteln zu erreichen suchen, sind zugelassen.
- ³ ...

Weniger Möglichkeiten, sich zu bereichern

Auch ehrliche Menschen schummeln, wenn man ihnen die Gelegenheit dazu bietet.³⁶ Auf der anderen Seite werden wir nicht über alle Maßen unehrlich, auch wenn überhaupt kein Risiko besteht, beim Schummeln erwischt zu werden.

Dieser zutiefst menschlichen Eigenschaft tragen wir - **sofern** die Stimmberechtigten dem zustimmen - mit folgender Verfassungsbestimmung Rechnung:

Art. 10 Blinde Treuhandvermögen

- ¹ Die höchsten Amtsträger des Bundes, die vollamtlichen Richter der obersten Gerichte des Bundes und die Mitglieder des Bankrates der Bundesbank sowie deren nächste Angehörige haben mit dem Amtsantritt ihr gesamtes Finanzvermögen in ein Treuhandvermögen zu übertragen, wo es ohne Anweisungen der Eigentümerin oder des Eigentümers angelegt und verwaltet wird.
- ² Per Bundesgesetz kann diese Pflicht auf weitere Personen im Staatsdienst ausgedehnt werden, die Zugang zu börsenrelevantem Insiderwissen haben.

Wir wollen auch nicht, dass gewählte Abgeordnete oder Regierungsmitglieder ihr Amt direkt zu einem Karrieresprung benutzen oder sich persönlich bereichern können. Wir sorgen deshalb bereits auf Stufe Verfassung vor - **sofern** die Stimmbürger dem zustimmen.

Art. 197 Unvereinbarkeiten und Wartefristen

- ¹ ...
- ⁵ Mitglieder des Bundestages können frühestens 1 Jahr nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt als Lobbyisten oder Berater im Bereich Politik tätig werden.

³⁶ Ausführlich: Dan Ariely, Denken hilft zwar, nützt aber nichts, Kapitel „Moral und Unredlichkeit, Teil 1“.

⁶ Mitglieder der Bundesregierung können frühestens 18 Monate nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt gegen Geld für ein Unternehmen aus den Branchen ihres Verantwortungsbereichs oder für Unternehmen tätig sein, welche mehrheitlich oder ganz dem Bund gehören.

⁷ ...

Der Einsitz in wichtigen Ausschüssen³⁷ ist - vor allem in den USA - eine gute Möglichkeit, um als Politiker reich zu werden. Das wollen wir in Deutschland ausschließen.

Art. 208 Ausschüsse

¹ ...

⁶ Parlamentsmitglieder können nur in Ausschüssen einsitzen, in deren Zuständigkeitsbereich sie weder direkt noch indirekt gegen Geld oder geldwerte Leistungen tätig sind.

⁷ ...

Ausschluss als Folge von Machtmissbrauch

Als Bürger treten wir einen Teil unserer Macht an die Gemeinschaft, den Staat, ab. Als Gegenleistung für diesen Verzicht erwarten wir, dass die Vertreter des Staates die ihnen von uns anvertraute Macht in unserem Sinne, also gemäß Verfassung und Gesetz, ausüben.

Für deutsche Spitzenpolitiker³⁸ scheinen Verfassungsbruch und Missbrauch ihrer Amtsmacht bis heute ein Kavaliersdelikt zu sein, das weder Auswirkungen auf ihre weitere politische Karriere noch auf ihre persönlichen Finanzen hat.

Solches Verhalten wollen wir - **sofern** die Stimmberechtigten dem zustimmen - künftig mit einschneidenden Sanktionen belegen:

Art. 9 Amtsverbot

¹ Wer in Ausübung seines Staatsamtes oder in Ausführung eines Auftrags des Staates

- a) die Verfassung der Bundesrepublik, eines Bundeslandes oder einer Gemeinde bricht,
- b) ohne genügende Rechtsgrundlage in die verfassungsmäßigen Rechte von Bürgern eingreift,
- c) Bürgern verfassungsmäßige Rechte verweigert,
- d) trotz Handlungsgebot verfassungsmäßige Rechte der Bürger nicht schützt,
- e) das Amtsgeheimnis verletzt oder sich im Amt bestechen lässt,
- f) Staatgelder vorsätzlich oder grobfahrlässig verschwendet
- g) oder in anderer Art seine mit dem Amt verbundene Macht missbraucht

³⁷ Lobbyorganisationen werben Politiker gezielt an: So erhalten Schweizer Parlamentarier viele Mandate von Lobbyverbänden just nach ihrer Einsitznahme in wichtigen parlamentarischen Ausschüssen, was für uns nicht für das Funktionieren von Ausstandsregeln spricht.

³⁸ So u.a. Bundeskanzlerin Angela Merkel, Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow oder der Richter am Bundesverfassungsgericht Peter Müller (ehemaliger saarländischer Ministerpräsident).

darf während 10 Jahren weder ein Staatsamt ausüben noch in irgendeiner Art direkt oder indirekt gegen Geld für den deutschen Staat oder ein deutsches Staatsunternehmen tätig sein.

² Mit dem Eintritt der Rechtskraft des Urteils des jeweiligen Gerichtes wird die Amtsträgerin oder der Amtsträger automatisch seines Amtes enthoben.

Freiheit versus Sicherheit

Uns Menschen fehlt ein intuitives Verständnis für Wahrscheinlichkeiten. Deshalb reagieren wir auf das zu erwartende Ausmaß eines Ereignisses, aber nicht auf dessen Wahrscheinlichkeit.³⁹ In Kombination mit unserer tief verwurzelten Abneigung gegen Verlust⁴⁰ und unserer Vorliebe für "Null-Risiko"⁴¹ führt dies zu teilweise abstrusen Projekten des Staates, um uns vor Leid zu schützen: So soll beispielsweise das als Pilotprojekt getestete System zur Gesichtserkennung am Berliner Bahnhof Südkreuz flächendeckend deutschlandweit zumindest an Bahnhöfen und Flughäfen eingeführt werden.

Was dabei vergessen wird:

Es ist wesentlich wahrscheinlicher⁴², dass wir bei einem Verkehrsunfall sterben als durch ein Verbrechen (Mord, Terroranschlag). Und noch dreimal wahrscheinlicher als der tödliche Verkehrsunfall ist der Suizid - wir selber sind unser größtes Sicherheitsrisiko.

Wir wollen nicht noch mehr Überwachung und Polizei - beides ist nur Symptombekämpfung. Wir wollen weniger Ursachen und Gründe, welche Überwachung und Polizei nötig machen.

Da viele Maßnahmen zu Erhöhung unserer Sicherheit auf Kosten unserer Macht und unserer Freiheit gehen, müssen wir als Gesellschaft abwägen und entscheiden, wie viel Risiko - "Null-Risiko" ist nicht realisierbar - wir tragen und wie viel Freiheit wir dafür opfern wollen. **„Wir für uns“** bedeutet, dass wir Bürger diese Abwägung selbst vornehmen und sie nicht unseren Politikern überlassen.

Falls Sie mehr Infos möchten, schreiben Sie uns bitte eine Mail. Teilen Sie uns mit, was Sie besonders interessiert, sodass wir Ihnen einen passenden Auszug aus dem Verfassungsentwurf zusenden können.

³⁹ Ausführlicher dazu: Rolf Dobelli, Die Kunst des klaren Denkens, Abschnitt „The neglect of probability“.

⁴⁰ Ausführlicher dazu: Rolf Dobelli, Die Kunst des klaren Denkens, Abschnitt „Die Verlustaversion“.

⁴¹ Ausführlicher dazu: Rolf Dobelli, Die Kunst des klaren Denkens, Abschnitt „The zero-risk bias“.

⁴² Es ist gemäß verschiedenen Quellen im Internet auch viel wahrscheinlicher, dass wir an einem „Unfall“ mit einem Kugelschreiber sterben (300 pro Jahr) als durch eine Schusswaffe (70 pro Jahr).